



Niederschrift

48. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 18.03.2008
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:56 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, Raum 3.025

Anwesend sind:

Herr Krause, Siegmар	DIE LINKE	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	
Herr Dr. Schlomm, Herbert	DIE LINKE	
Frau Schulze, Jana	DIE LINKE	
Frau Blume, Marie	SPD	
Frau Geywitz, Klara	SPD	Sitzungsleitung
Frau Paulsen, Bettina	CDU	anwesend bis 20:20 Uhr (TOP 8)
Frau Dr. Lotz, Brigitte	Bündnis 90/Die Grünen	anwesend ab 18:10 Uhr
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	anwesend bis 19:15 Uhr (TOP 3)
Herr Anton, Torsten	DIE LINKE	
Frau Basekow, Angela	SPD	anwesend bis 20:32 Uhr
Frau Busch, Jutta	DIE LINKE	anwesend bis 20:00 Uhr
Herr Buschmann, Jan	Familien-Partei	anwesend von 18:10 Uhr bis 20:00 Uhr
Herr Fröhlich, Uwe	Bündnis 90/Die Grünen	anwesend von 18:25 Uhr bis 20:32 Uhr
Frau Gerber, Heiderose	Die Andere	anwesend bis 20:32 Uhr
Herr Jutzi, Jörg	DIE LINKE	
Herr Puschmann, Wolfgang	Seniorenbeirat	
Herr Schilke, Florian	CDU	anwesend bis 20:00 Uhr
Herr van Leeuwen, Rüdiger	CDU	
Frau Müller, Elona	Beigeordnete	

Nicht anwesend sind:

Herr Näder, Volkmar	CDU	entschuldigt
Herr Buchholz, Dirk	BürgerBündnis	entschuldigt
Frau Keilholz, Monika	Die Andere	entschuldigt
Frau Bittrich, Sabine	Ausländerbeirat	entschuldigt
Frau Bluhm, Regina	SPD	entschuldigt
Herr Nowak, Benedikt	BürgerBündnis	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.2 Bestätigung der Tagesordnung

- 1.3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 19.02.2008
- 2 Mitteilungen der Verwaltung
- 3 Vorstellung des Jugendkonzeptes der PAGA
- 4 Unabhängige Sozialberatungsstelle bei der PAGA
Vorlage: 08/SVV/0109
Fraktion DIE LINKE
- 5 Sachstandsbericht zur Erstellung des Stadtplanes für Menschen mit Behinderung
- 6 Änderung der Hundesteuersatzung im § 4 - Steuerbefreiung
Vorlage: 08/SVV/0110
Fraktion DIE LINKE
- 7 Kosten für das Mittagessen behinderter Beschäftigter in den Behinderten-Werkstätten
Vorlage: 08/SVV/0113
Fraktion DIE LINKE
- 8 Haushalt 2008
- 8.1 Haushaltssicherungskonzept 2008 - 2011
Vorlage: 08/SVV/0160
Oberbürgermeister, Zentrale Steuerungsunterstützung
- 8.2 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: 08/SVV/0161
Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 8.3 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2009
Vorlage: 08/SVV/0162
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 8.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2008 - Liste der Bürgerinnen und Bürger
- 9 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Geywitz.

Zu Beginn der Sitzung sind 8 von 12 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

zu 1.2 Bestätigung der Tagesordnung

Frau Geywitz regt an, die Informationen zur Kundenbefragung der PAGA im Tagesordnungspunkt 3 zu behandeln.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Der Tagesordnung wird zugestimmt.

zu 1.3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 19.02.2008

Frau Schulze bittet, zum TOP 5 zu ergänzen, dass u.a. Hinweise durch die Beigeordnete an den Deutschen Städtetag weitergereicht werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

Dem ergänzten Protokoll wird zugestimmt.

zu 2 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Böttche informiert über das Gespräch mit dem AStA zum Thema Wohnen vom 25.02.2008.

Die Studentenschaft bittet, dafür Sorge zu tragen, dass ein größeres Kontingent an Wohnraum mit begrenztem Mietwert bereitgestellt wird.

Man hat sich dazu verständigt, dass das Problem der Studenten nicht aus der Gesamtproblematik herausgelöst werden sollte, da neben den Studenten weitere Personen derartige Wohnungen suchen.

Herr Böttche weist in diesem Zusammenhang auch auf die Möglichkeit der studentischen Wohngemeinschaften hin. Hier werden größere Erfolgchancen gesehen. Leider ist in den letzten beiden Jahren die Zahl der Anträge zurückgegangen.

Herr Böttche informiert, dass im ersten Quartal des nächsten Jahres ein weiteres Gespräch auch unter Einbeziehung des Studentenwerkes durchgeführt werden soll.

zu 3 Vorstellung des Jugendkonzeptes der PAGA

Herr Thomann stellt das Konzept vor und gibt anhand von Folien Erläuterungen dazu. Er informiert über die Ergebnisse der Integrationen 2007 und macht dabei deutlich, dass die Zielvorgaben übertroffen wurden.

Er erörtert die Ziele der PAGA, gibt Erläuterungen zu den Sanktionen sowie den Sanktionsstufen und weist darauf hin, dass diese gesetzlich geregelt sind.

Herr Thomann stellt die weiteren Aktivitäten der PAGA vor, gibt einen Ausblick für 2008 und erklärt die Rahmenbedingungen sowie die Zielvereinbarungen.

Frau Blume fragt wie viele Jugendliche 2007 in Lehrstellen vermittelt wurden.

Frau Dörnbrack sagt zu, die Zahlen für die betrieblichen Ausbildungen nachzureichen.

Frau Blume bittet um Erläuterung des Kooperationsvertrages mit der Arbeitsagentur für Arbeit zur Vermittlung der Schulabgänger.

Frau Schulze fragt, wie viele vermittelte Jugendliche im Niedriglohnbereich angestellt sind und ergänzende Leistungen erhalten.

Herr Thomann betont, dass hier keine Statistik zur Verfügung steht.

Frau Geywitz fragt nach dem Umgang mit Jugendlichen mit besonderen Problemen. Gibt es eine Ausbildungsperspektive für Abgänger von Förderschulen? Sie macht auf die Altbewerber mit Realschulabschluss aufmerksam. Des Weiteren fragt sie, wie mit den Jugendlichen gearbeitet wird, die in der Vergangenheit Maßnahmen nicht erfolgreich abgeschlossen haben.

Herr Thomann erklärt, dass die Fallmanager sich intensiv mit den Jugendlichen mit Förderschulabschluss befassen und diese mit entsprechenden Maßnahmen unterstützen.

Jugendliche mit Realschulabschlüssen werden u.a. mit ausbildungsfördernden Maßnahmen unterstützt. Er betont, dass genau darauf geachtet wird, dass nicht in sog. drittklassige Bereiche vermittelt wird.

Es wird auch modulare Ausbildung angeboten.

Herr Fröhlich fragt, ob Jugendliche mit multiplen Schwierigkeiten als integrationsfern eingestuft werden und was speziell für diese Jugendlichen getan wird. Er bittet um Information bezüglich Obdachlosigkeit von Jugendlichen.

Herr Fröhlich fragt, welche positiven Erfahrungen es mit Sanktionen gibt.

Herr Thomann erklärt, dass Sanktionen als erzieherisches Mittel benutzt werden. Es macht dabei deutlich, dass es aber einen geringen Teil an Jugendlichen, bei denen dies nicht die gewünschte Wirkung erzielt. Auch aus Konsequenzgründen wird zu Sanktionen gegriffen.

Er informiert, dass die Zahl der jugendlichen Obdachlosen zurückgegangen ist. Diese werden durch einen Träger in Projekten betreut und schnellstmöglich aus der Obdachlosigkeit geholt.

Frau Dörnbrack verweist auf die sehr gute Zusammenarbeit der Fallmanager mit dem Bereich Wohnen hin, in dem es einen Ansprechpartner für obdachlose Jugendliche gibt. Es gibt auch mehrere betreute Wohnprojekte in der Stadt. Sie verweist auch auf die gute Zusammenarbeit mit der Reha-Abteilung und den Förderschulen.

Sie weist darauf hin, dass die Jugendlichen bei Sanktionen immer auch Sachleistungen beantragen können.

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass es Ziel sein muss, obdachlose Jugendliche immer außerhalb des Objektes Lerchensteig unterzubringen. Sie fragt, wie andere Unterbringungsmöglichkeiten gefunden werden.

Sie weist darauf hin, dass die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss in den kommenden Jahren nicht sinken wird. Wie kann dagegen gesteuert werden?

Herr Thomann erklärt, dass die PAGA vor dem Problem steht, dass immer mehr Jugendliche betreut werden, die schwer in den Arbeitsmarkt zu vermitteln sind. In diesem Bereich ist das Potsdamer System das Mittel der kommenden Jahre. Die Möglichkeit der Unterstützung obdachloser Jugendlicher besteht in der Bezahlung des Wohnraumes. Dies wird auch getan.

Frau Paulsen fragt, woran es liegt, dass auch Jugendliche mit mittlerer Reife nicht in Ausbildung sind.

Herr Thomann erklärt, dass hier oft auch sehr schlechte Abschlüsse vorliegen. Er

weist auch auf die Einstellungstest hin, die durch die Arbeitgeber durchgeführt werden. Hier greift dann die Ausbildungsförderung.

Frau Geywitz macht auf die Jugendlichen aufmerksam, die durch verschiedene Umstände nicht in der Lage sind, die Hilfsangebote wahrzunehmen. Sie fragt wie sichergestellt wird, ob hinter dem „ich will nicht“ ein „ich kann nicht“ steckt.

Herr Thomann weist darauf hin, dass in der PAGA fast alle Mitarbeiter eine Ausbildung zum Fallmanager haben. Es ist die Aufgabe des Fallmanagers, dies festzustellen.

Frau E. Müller macht auf die differenzierte Betreuung der Jugendlichen durch die PAGA aufmerksam.

Bereits in der Schule sollte durch die Lehrer darauf hingearbeitet werden, dass hier frühzeitig präventiv gearbeitet werden kann. Hierzu sollte das Potsdamer System weiter ausgebaut werden.

Herr Jutzi informiert, dass kürzlich zwei Jugendliche zu ihm kamen und um Hilfe gebeten haben. Auf die Frage, warum sie im Zwist mit der PAGA liegen, wussten diese nicht die Gründe dafür.

Er fragt, ob den Jugendlichen die Gründe für die Sanktion mitgeteilt werden.

Herr Thomann erklärt, dass der Jugendliche grundsätzlich belehrt und schriftlich über die Sanktion informiert wird.

Er bietet an, dass Herr Jutzi auf die PAGA zugeht und diese konkreten Fälle in einer Fallkonferenz geklärt werden.

Kundenbefragung

Herr Thomann informiert, dass in der 13. und 14. Kalenderwoche die Befragung der Kunden durchgeführt werden soll. Diese Befragung erfolgt bundesweit telefonisch.

Er sagt zu, dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales die Ergebnisse der Befragung mitzuteilen, sobald diese vorliegen.

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass sie eine Telefonbefragung nicht für vorteilhaft hält.

Herr Thomann macht deutlich, dass die Befragung anonym durch einen Träger vorgenommen wird.

Frau Schulze verweist auf den Beschluss zu Befragung der Potsdamer Bedarfsgemeinschaften. Wie viele Potsdamer werden befragt und wie werden die für Potsdam entwickelten Fragen behandelt?

Herr Thomann weist darauf hin, dass diese Fragen mit eingeflossen sind.

Frau E. Müller erklärt, dass sich die Trägerversammlung der PAGA dazu verständigt hat, an der bundesweiten Befragung teilzunehmen, um dies auch vergleichbar zu machen.

Sie sagt zu, den Fragebogen mit dem Protokoll auszureichen.

zu 4

Unabhängige Sozialberatungsstelle bei der PAGA
Vorlage: 08/SVV/0109

Frau Schulze bringt den Antrag ein und erläutert diesen.

Frau E. Müller weist darauf hin, dass die Mitarbeiter der PAGA gut ausgebildet sowie durchaus in der Lage zur Beratung sind und sich auch die Zeit zur Beratung nehmen.

Sie macht auch darauf aufmerksam, dass bei der PAGA durch zwei freie Träger Beratungen durchgeführt werden.

Frau Dr. Lotz fragt die Fraktion Die Linke, was unter einer unabhängigen Beratungsstelle zu verstehen ist und wer diese finanzieren soll. Sie spricht sich gegen den Antrag aus.

Herr Thomann macht deutlich, dass der Begriff Sozialberatung hier sehr weit gefasst ist. Er betont, dass die Mitarbeiter der PAGA gern mit der Caritas und der Diakonie zusammenarbeiten, die bereits im Hause sitzen. Diese Angebote werden als Ergänzung angesehen.

Frau Paulsen macht auf die guten Ergebnisse der PAGA bei den Widersprüchen aufmerksam. Sie macht deutlich, dass man den Mitarbeitern der PAGA an dieser Stelle das Vertrauen aussprechen sollte.

Frau Blume fragt, wie die PAGA mit Caritas und Diakonie kooperiert.

Herr Thomann erklärt, dass hier eine enge Zusammenarbeit erfolgt, da dies als große Hilfe und Unterstützung angesehen wird.

Herr Krause versteht die „Unabhängigkeit“ darin, dass die Mitarbeiter nicht unter dem Entscheidungsdruck stehen sollen, wie die der PAGA. Unabhängige Beratung sollte frei von Entscheidungsdruck erfolgen.

Frau Dr. Müller fragt, ob die PAGA eine Möglichkeit hat einzuschätzen, ob das von den beiden Trägern angebotene Beratungsvolumen ausreichend ist.

Herr Thomann erklärt, dass für Rechtberatung die PAGA zuständig ist bzw. Rechtsanwälte. Die beiden Träger beraten zu Fragen des Lebens. Die Beratungsstunden sind seiner Erkenntnis nach ausreichend.

Frau Geywitz regt an, die beiden Träger zu befragen, wie sie dies sehen.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in enger Abstimmung mit der Geschäftsführung der PAGA eine „Unabhängige Sozialberatung“ im Haus der Arbeitsgemeinschaft zu schaffen.

Über das Ergebnis der Bemühungen ist die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung im Mai 2008 zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4

Ablehnung: 4

Stimmenthaltung: 0

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 5 Sachstandsbericht zur Erstellung des Stadtplanes für Menschen mit Behinderung

Frau Geywitz weist auf die durch Frau Scheuerer ausgereichte Tischvorlage hin.

Frau Scheuerer gibt Erläuterungen zu den schriftlichen Ausführungen.

Frau Geywitz dankt Frau Scheuerer für den Sachstand.

Herr Fröhlich regt an, bezüglich des I-Pod Kontakte zur Hochschule für Film und Fernsehen aufzunehmen, um hier Unterstützung zu bekommen.

Frau Dr. Müller fragt nach dem weiteren Verfahren.

Frau Scheuerer erklärt, dass als Erstes die Umsetzung des Internetauftrittes im Rahmen eines ABM-Projektes verwirklicht werden soll.

**zu 6 Änderung der Hundesteuersatzung im § 4 - Steuerbefreiung
Vorlage: 08/SVV/0110**

Frau Dr. Müller bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Richter erklärt, dass die Hundesteuer eine sog. Aufwandssteuer ist. Sie macht auch deutlich, dass der Aufwand für die Betreuung des Hundes weitaus höher ist, als die Hundesteuer, die auch u.a. ein ordnungsrechtliches Ziel hat.

Frau Geywitz macht deutlich, dass es für einige Menschen durchaus wichtig ist, einen Hund zu haben.

Soweit sie informiert ist, gibt es in der Hundesteuersatzung die Möglichkeit, auf Antrag bei besonderer Härte von der Hundesteuer befreit zu werden.

Frau E. Müller bestätigt dies.

Frau Richter erklärt, dass gemäß Abgabenordnung diese Möglichkeit der Minderung oder des Erlasses der Hundesteuer besteht.

Frau Dr. Müller erinnert daran, dass in der Vergangenheit mehrere Satzungen in diesem Hinblick angepasst wurden.

Sie macht deutlich, dass es durchaus Leistungsempfänger nach SGB II gibt, die bereits vor dem Leistungsbezug schon einen Hund hatten.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Entwurf für die 2. Satzung zur Änderung der Hundesteuersatzung der Landeshauptstadt Potsdam (DS 03/SVV/0841 vom 21.01.2004) mit folgenden Änderungen der Stadtverordnetenversammlung im Mai 2008 vorzulegen:

1. § 4 der Satzung erhält einen zusätzlichen Absatz 4 mit folgendem Wortlaut:

Für jeweils einen Hund, der von Bedarfsgemeinschaften nach dem Sozialgesetzbuch II oder dem 3. und 4. Kapitel des Sozialgesetzbuches XII und von solchen Personen, die diesen einkommensmäßig gleichstehen, gehalten und nicht von §

2 Abs. 2 erfasst wird.

2. Die Änderung gilt rückwirkend ab 1. Januar 2008.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 4

Dem Antrag wird zugestimmt.

**zu 7 Kosten für das Mittagessen behinderter Beschäftigter in den Behinderten-
Werkstätten
Vorlage: 08/SVV/0113**

Frau Schulze bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Ernst macht deutlich, dass der Antrag aus Sicht der Verwaltung abzulehnen ist. Er weist darauf hin, dass die Landeshauptstadt Potsdam gemeinsam mit 16 anderen Kommunen einen öffentlich-rechtlichen Vertrag geschlossen hat. Der Antrag könnte für die LHP bedeuten, dass Potsdam aus dem Vertrag aussteigen und einen gesonderten Weg gehen muss.

Herr van Leeuwen erklärt sich für befangen und nimmt an der Diskussion nicht teil.

Frau Basekow macht deutlich, dass sich die Träger seit Jahren um eine Lösung bemühen.

Frau Geywitz fragt Herrn Ernst, wann mit einer Entscheidung zum Musterverfahren zu rechnen ist.

Herr Ernst kann derzeit zu den Fristen keine Aussagen treffen.

Frau Dr. Müller stellt den Antrag zurück, bis eine Klärung des Musterverfahrens durch das Schiedsstellenverfahren herbeigeführt wurde.

zu 8 Haushalt 2008

Frau Geywitz weist darauf hin, dass heute die erste Lesung durchgeführt wird.

Herr Heise bringt den Haushalt ein.

Herr Ernst erklärt, dass alle Planwerte, die durch den Fachbereich erarbeitet wurden, sind in den Haushalt eingeflossen. Kernaussage ist, dass der vorliegende Haushalt aus Sicht des Fachbereiches so mitgetragen wird.

Frau Schulze bittet um eine Auflistung der Förderung der freien Träger.

Herr Ernst sagt zu, diese mit den Unterlagen für die nächste Sitzung auszureichen.

zu 8.1 **Haushaltssicherungskonzept 2008 - 2011**
Vorlage: 08/SVV/0160

zu 8.2 **Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2008**
Vorlage: 08/SVV/0161

zu 8.3 **Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2009**
Vorlage: 08/SVV/0162

zu 8.4 **Bürgerhaushalt Potsdam 2008 - Liste der Bürgerinnen und Bürger**

Frau Geywitz weist darauf hin, dass aus der Liste der Bürgerinnen und Bürger lediglich der Vorschlag 5 – Reihenuntersuchungen – in Zuständigkeit des Ausschusses für Gesundheit und Soziales liegt. Dieser wird bereits umgesetzt.

Frau Schulze spricht sich für den Bürgervorschlag aus.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Prüfung: 0

Dem Vorschlag 5 – Reihenuntersuchungen – wird zugestimmt.

zu 9 **Sonstiges**

Frau Schulze bittet, die Zeitschiene für die Ausschreibung der Stelle des Behindertenbeauftragten zeitnah im Ausschuss für Gesundheit und Soziales vorzustellen.

Frau Grasnick weist auf die gemeinsame Konferenz der Landeshauptstadt Potsdam und der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg zum Thema „Integration findet vor Ort statt – Ansätze interkultureller Öffnung und Partizipation in der Landeshauptstadt Potsdam“ am 07.04.2008 von 10:00 bis 16:00 Uhr im Alten Rathaus hin.

Nächster Ausschuss für Gesundheit und Soziales:
15. April 2008; 18:00 Uhr

Klara Geywitz
Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Ausschussbetreuerin